



Richard Detje

Das Ende Europas – wie wir es kennen

Ursachen und aktuelle Auswirkungen
der Euro-Krise

IG Metall,
Jugendbildungskonferenz

IGM-Bildungszentrum Sprockhövel, 23.6.2012



Inhalt

- I. Europas Zukunft?
- II. Maßnahmen, um den worst case zu verhindern:
Brandmauern – Austeritätspolitik – und die Folgen
- III. Staatsschuldenkrise: stimmt die Diagnose?
- IV. Woher kommen die Schulden?
- V. Autoritäres Finanzregime: der Fiskalpakt

- VI. Handlungsmöglichkeiten der IG Metall





Niall Ferguson: Europa 2021

- ▶ United States of Europe (USE) – Hauptstadt: Wien
- ▶ »An den Rändern der USE lahmt das wirtschaftliche Leben. In Griechenland, Italien, Portugal und Spanien hat sich die Arbeitslosigkeit bei konstanten 20% eingependelt.«
- ▶ Die Neumitglieder Litauen, Lettland und Polen sind »der Stolz des neuen Europa. Mit ihren simplen Einheitssteuersätzen und ihrem niedrigen Lohnniveau sind sie ein wahres Paradies für deutsche Investoren.«
- ▶ Großbritannien ist aus der EU ausgetreten, Irland trat 2013 Britannien bei.
- ▶ Dänemark, Schweden, Finnland und Island haben sich der Initiative Norwegens nach Gründung einer Skandinavischen Union angeschlossen und sind aus der europäischen Transferunion ausgetreten.
- ▶ »Im Nachhinein betrachtet war es ein Segen, dass der Euro nicht unterging. Denn eine komplette Auflösung des Euro-Raumes und das folgende unvermeidliche Währungschaos hätten noch eine andere hässliche Konsequenz gehabt. Denn während der dramatischen Entwicklungen um die europäische Währung war es leicht zu übersehen, dass sich südlich des Mittelmeeres noch größere Umwälzungen abzeichneten.«

(Niall Ferguson: So sieht Europa in zehn Jahren aus, SPIEGEL-online, 24.11.2011)



Dani Rodrik: Die zweite Große Depression

- ▶ Die Wahl in Griechenland endete zwar wie in Berlin und Brüssel gewünscht, doch das Land kommt aus der Krise nicht mehr heraus.
- ▶ Spanien hat die Bankenrettung nur kurz Luft verschafft – Arbeitslosigkeit steigt auf 30%. Nach Massendemonstrationen tritt die Rajoy zurück. Merkel schließt weitere Unterstützung der »hart arbeitenden deutschen Steuerzahler« aus.
- ▶ Deutschland, Finnland, Österreich, Niederlande erklären, dass sie auf den Euro nicht verzichten werden – der Druck auf Frankreich und Italien wächst.
- ▶ In China brechen die Exporte nach Europa einbrechen – Betriebe schließen. Um die Exportunternehmen zu stützen, wertet die Regierung den Renminbi ab.
- ▶ Daraufhin belegt die neue US-Regierung Romney Waren aus China mit hohen Importzöllen. Die WTO bricht auseinander – **die 2. Große Depression**.
- ▶ »Many years later, Merkel, who has withdrawn from politics and become a recluse, is asked, whether she thinks that she should have done anything differently during the Euro crisis. Unfortunately, her answer comes too late to change the course of history«.



II. Maßnahmen, um den worst case zu verhindern





Brandmauern ...

- ▶ »Rettungsfonds«
 - ▶ ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus)
 - ▶ EFSF (+ EU-Kredite)
 - ▶ Internationaler Währungsfonds (aufgestockt)

Volumen: 500 bis 800 Mrd. Euro

- ▶ »Dicke Berta«: 2 X 500 Mrd. Euro Kredite der EZB an Banken
(Kreditklemme verhindern; Ankauf Staatsanleihen – Rückzug ausl. Banken)
Strittig: Anleihenkauf durch EZB ohne Auflagen für die Staaten (Monti)

- ▶ Bankenprogramme
100 Mrd. Euro für Spanien; weitere Länder folgen
und »Bankenunion« (Aufsicht, gemeinsamer Einlagensicherungsfonds)



...und Austeritätspolitik

- ▶ Schuldenschnitt in Griechenland; 2. Memorandum of Understanding = verschärfter Sparkurs zur »Beruhigung der Märkte«

Ziel: Senkung der Arbeitskosten um 15% bis 2015 zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit

Öffentlicher Sektor

- ▶ Neue Arbeitsverträge in öff. Unternehmen nur noch befristet
- ▶ Abbau von 150.000 Arbeitsplätze im ÖD bis 2015
- ▶ Beschleunigte Privatisierung
- ▶ Rentenkürzungen in öff. Unternehmen um bis zu 15%

Privater Sektor

- ▶ Kürzung des Mindestlohns um 22% (von 751,39 auf 586,08 €)
 - ▶ Kürzung der Arbeitslosenunterstützung um 22% (auf 369 €)
 - ▶ Keine Lohnerhöhungen, solange die Arbeitslosigkeit nicht auf 10% gesunken ist
-
- ▶ Fiskalpakt mit verschärfter Schuldenbremse; Staaten müssen jedes Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen und Staatsschulden abbauen, die über 60% BIP hinausgehen
 - ▶ **Mario Draghi (EZB): Das Europäische Sozialmodell ist tot**



Dennoch: Zinsen steigen...

Renditen von Staatsanleihen

Zehn Jahre Laufzeit (in Prozent)



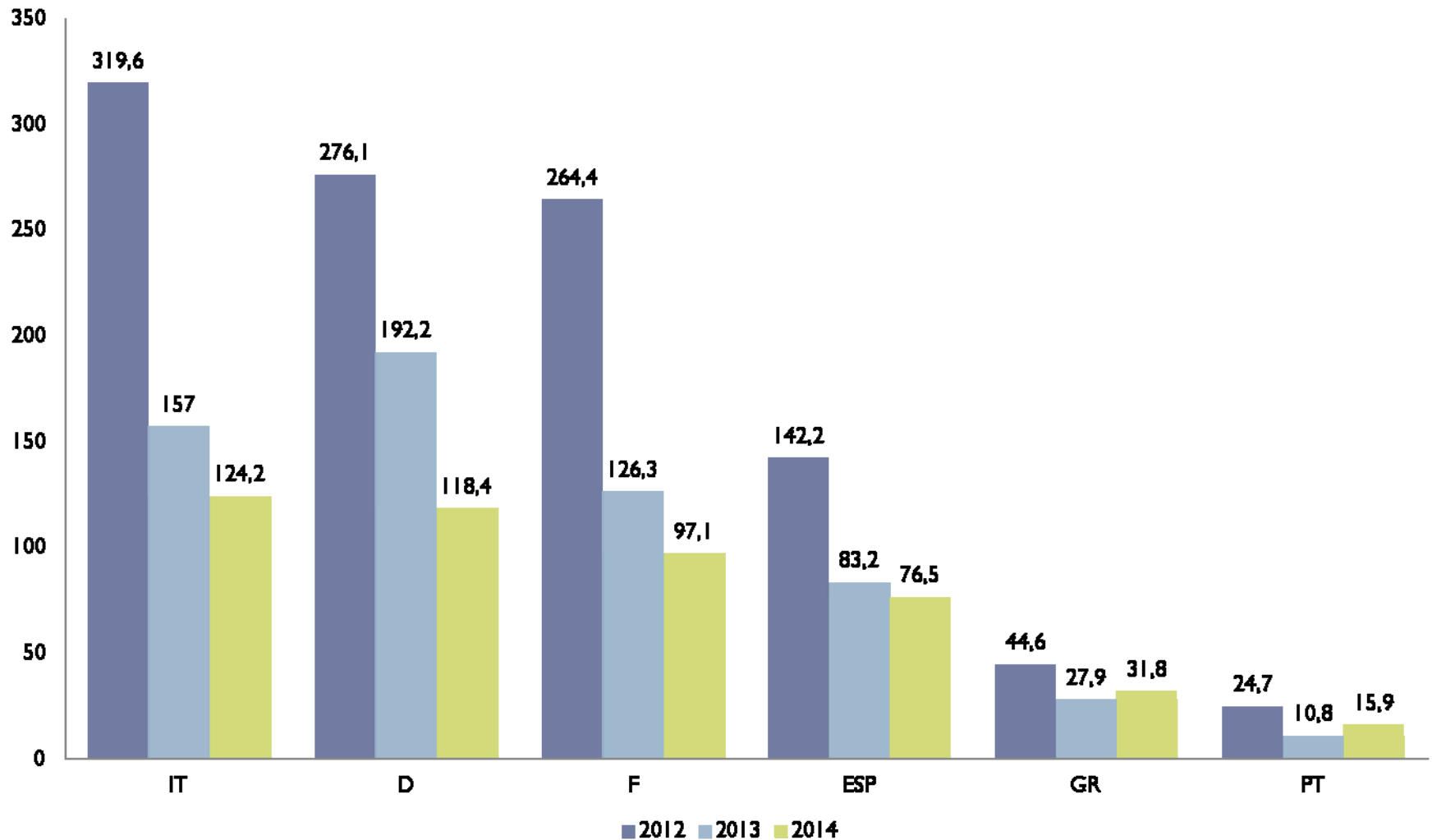
Zwei Jahre Laufzeit (in Prozent)





Jahr der großen Umschuldung

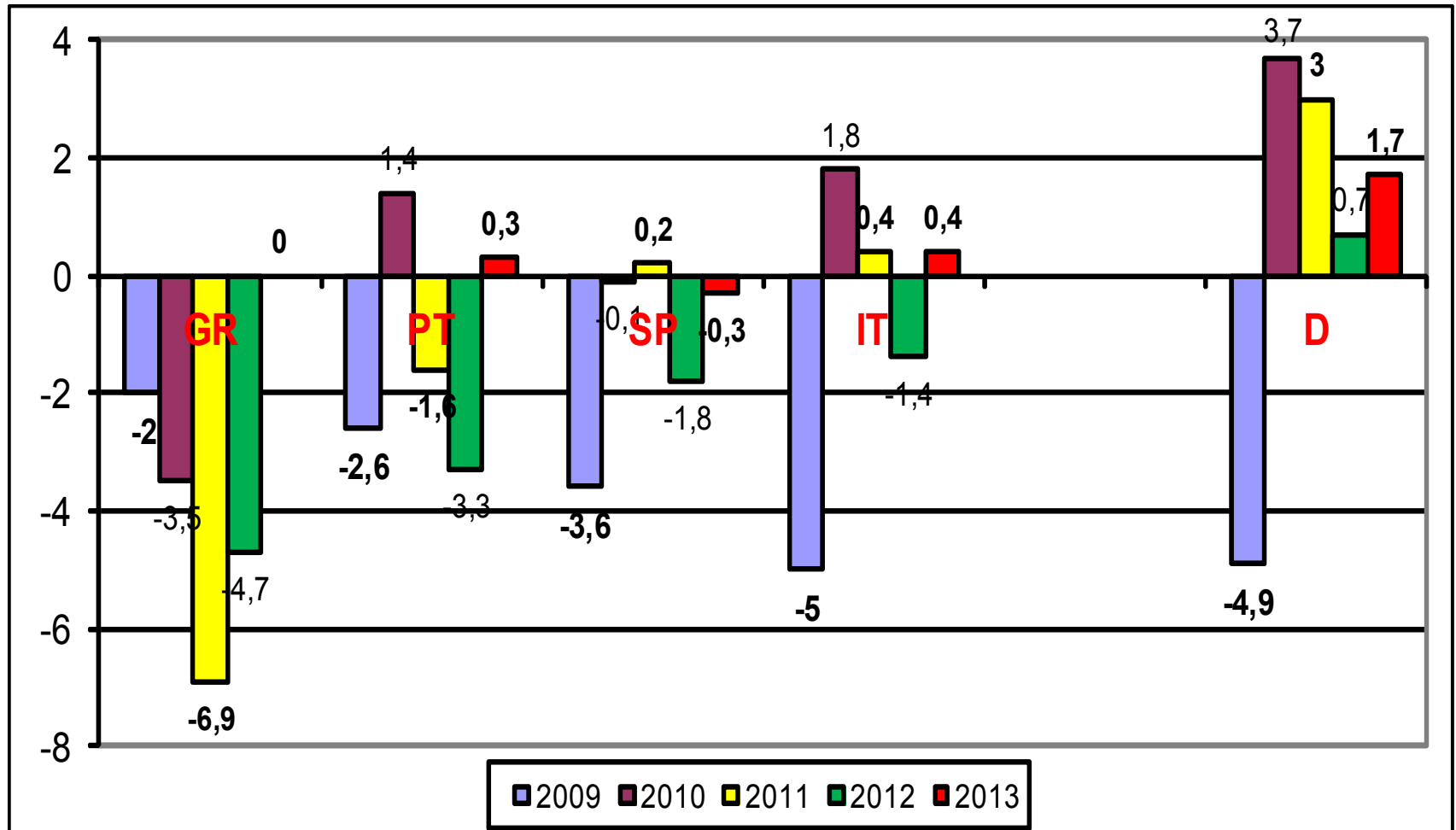
in Mrd. Euro; Bloomberg, Stand Dez. 2011





... Krise der Realwirtschaft wird verschärft

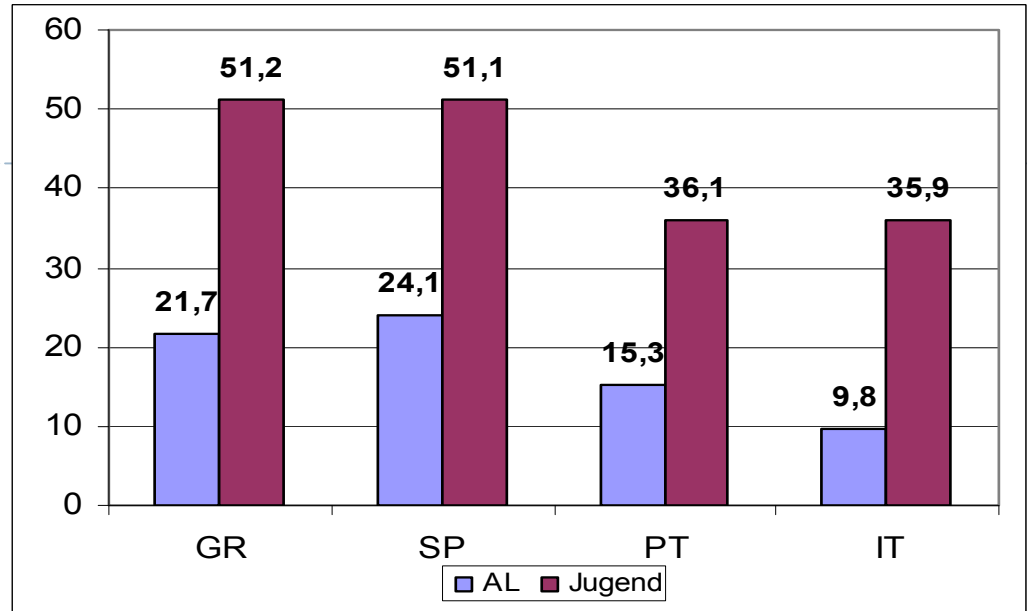
(EU-Kommission, Mai 2012)



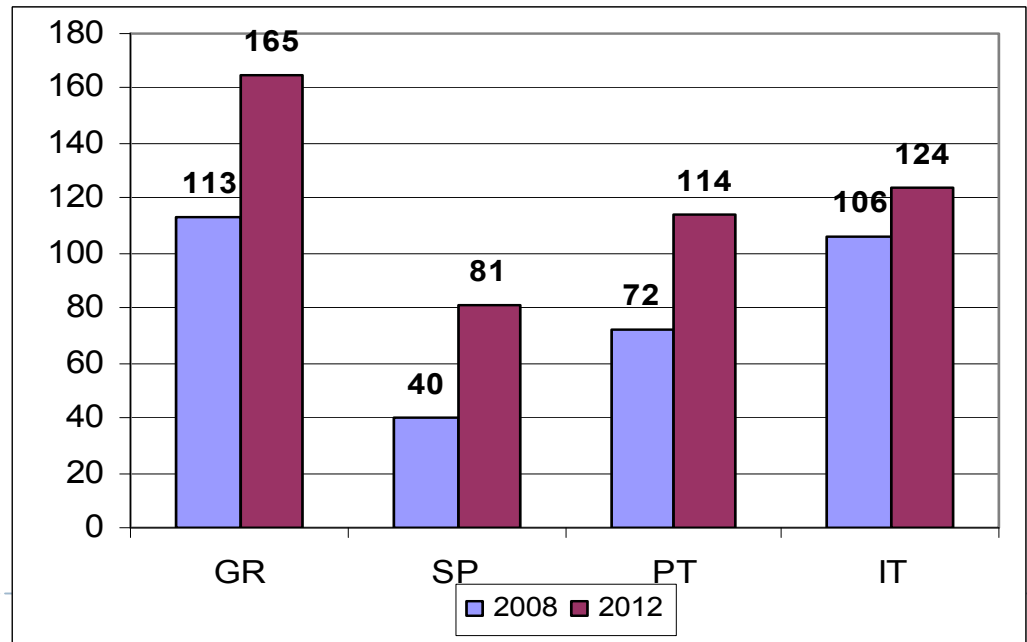


und ...

- ▶ steigende Arbeitslosigkeit



- ▶ steigende Staatsverschuldung trotz Austerität in Relation zum BIP



...und »strukturelle Reformen für Wachstum und Produktivität«



Griechenland:

»alle Parameter mit Einfluss auf die Arbeitskosten ... auf den Prüfstand gestellt, also u.a. Löhne, Mindestlöhne und der nationale Tarifvertrag sowie die verschiedenen Lohnnebenkosten und damit auch die Sozialabgaben« (Troika Report Griechenland, Okt 2011, S. 38)

Spanien:

»Die Tarifverhandlungen sollen künftig mehr an den Bedürfnissen der einzelnen Betriebe ausgerichtet werden, statt für jede Branche zentral. Das könnte eine Erleichterung für Lohnsenkungen bedeuten, laut Expertenmeinung die beste Art, die Produktivität anzuheben« (SPIEGEL online, 20.11.2011).

Folge:

Neue Benchmarks für Unternehmen in Deutschland sowohl intern (SEAT/VW) wie extern (Outsourcing)

- Löhne
- Arbeitsbedingungen
- Arbeitszeit



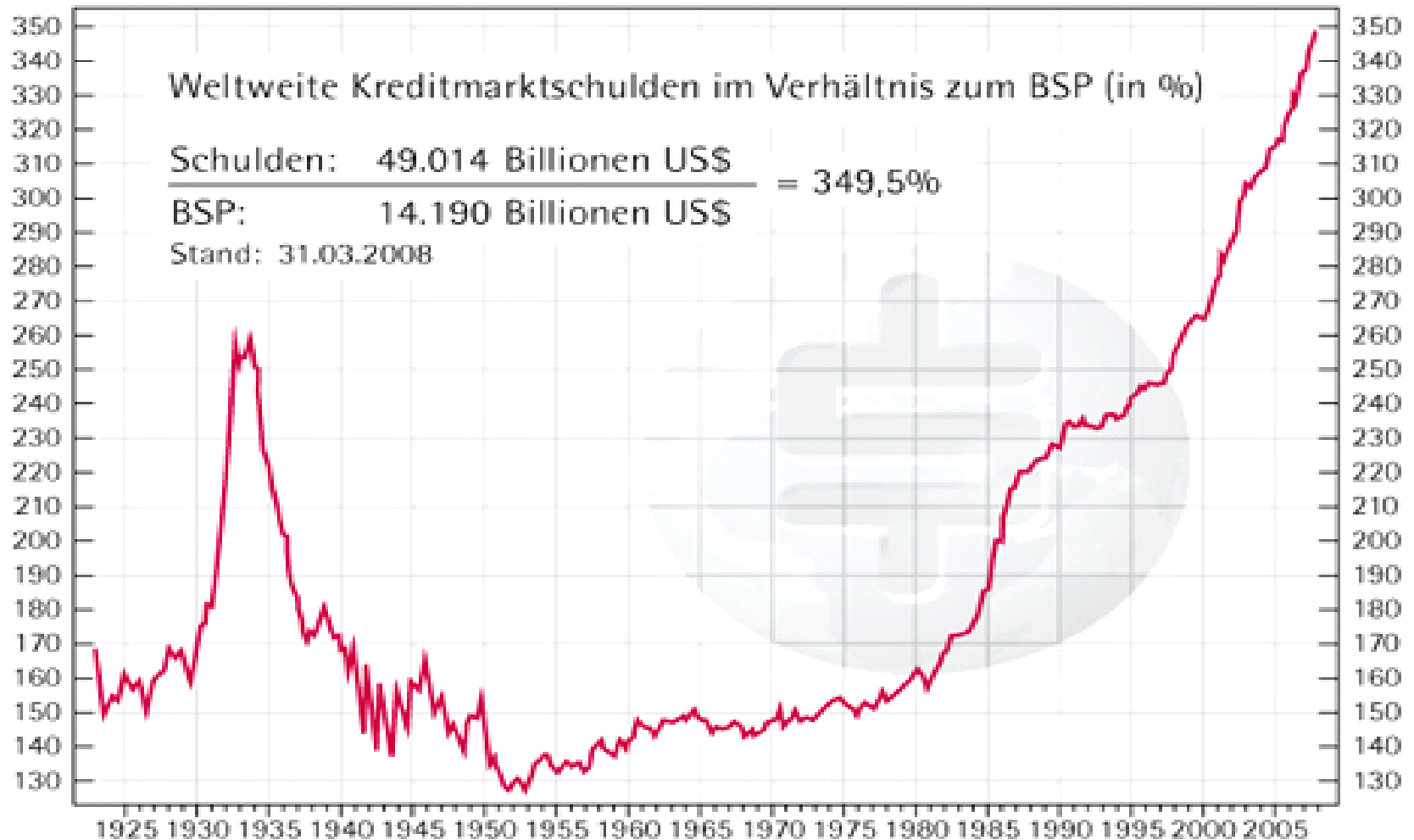


III. Staatsschuldenkrise: stimmt die Diagnose?





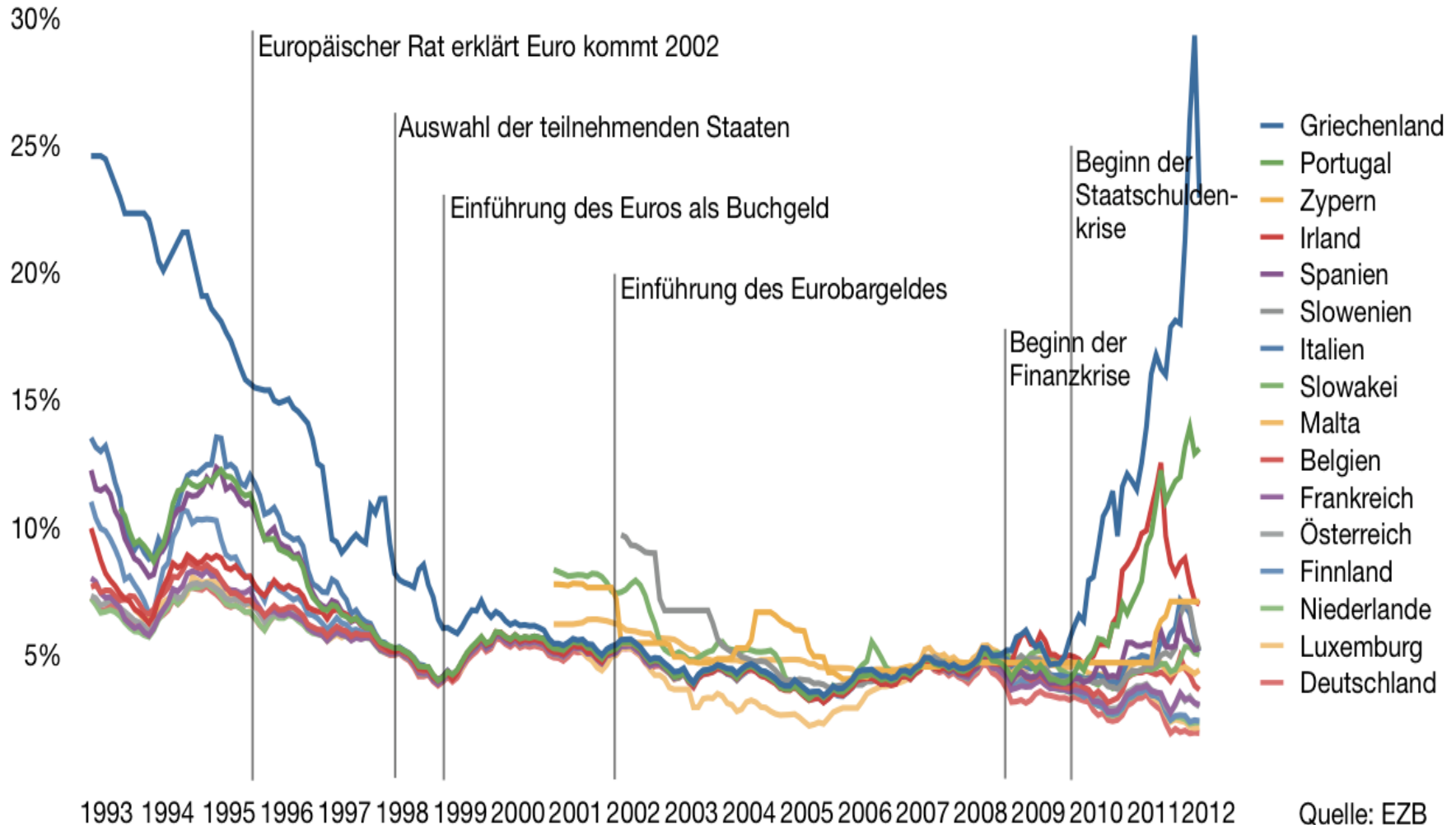
Rasanter Anstieg der globalen Verschuldung





Explodierende Zinsen

Zinsentwicklung zehnjähriger Staatsanleihen

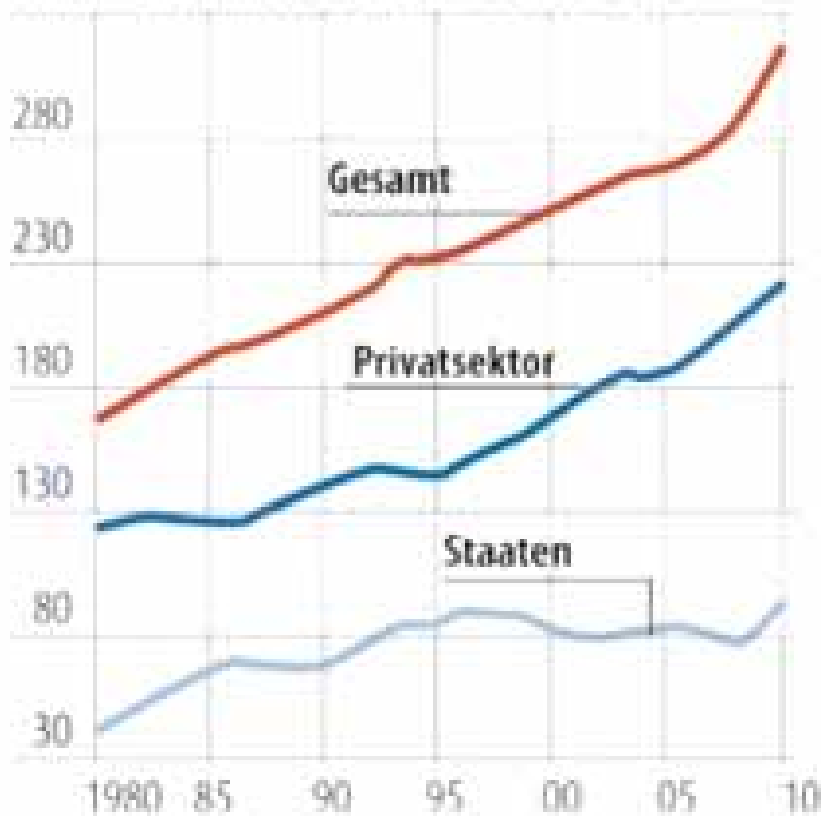




Das Vermögensregime des Neoliberalismus

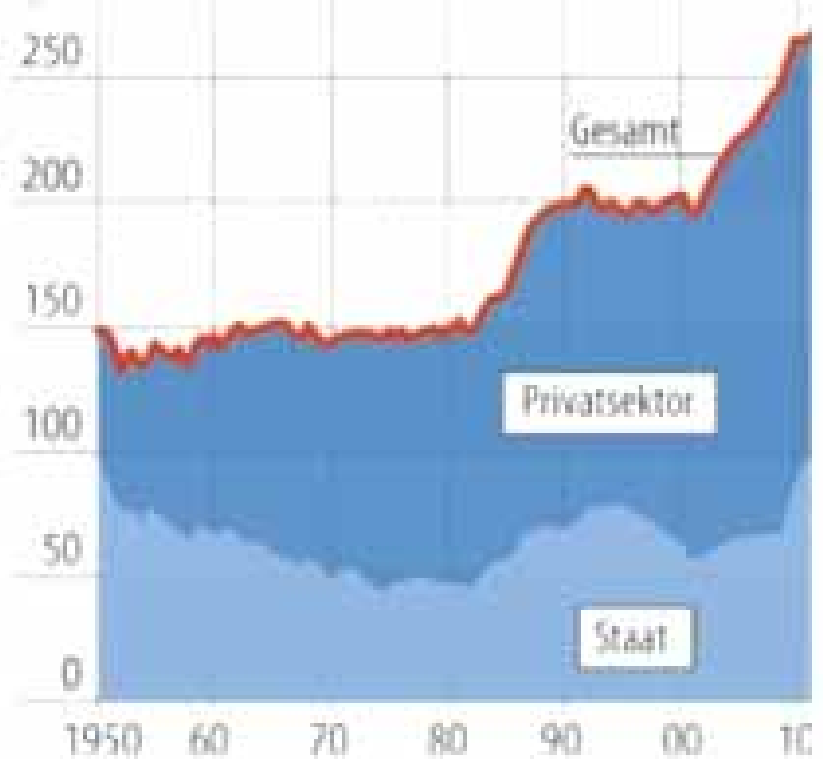
Verschuldung der OECD-Staaten

Staats- und Privatschulden in Prozent des BIP



Verschuldung der Vereinigten Staaten

Staats- und Privatschulden in Prozent des BIP (kumuliert)



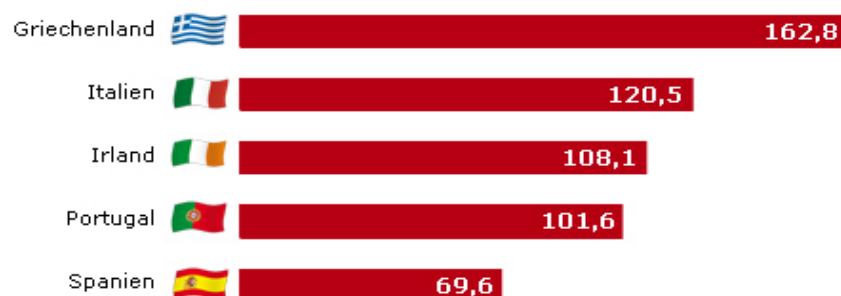
Europas Verschuldungsregime: Staaten



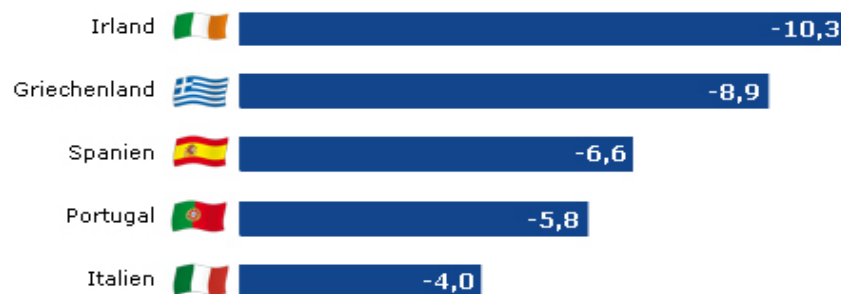
Die Euro-Wackelkandidaten

Staatsschulden, Haushaltsdefizit, Arbeitslosigkeit

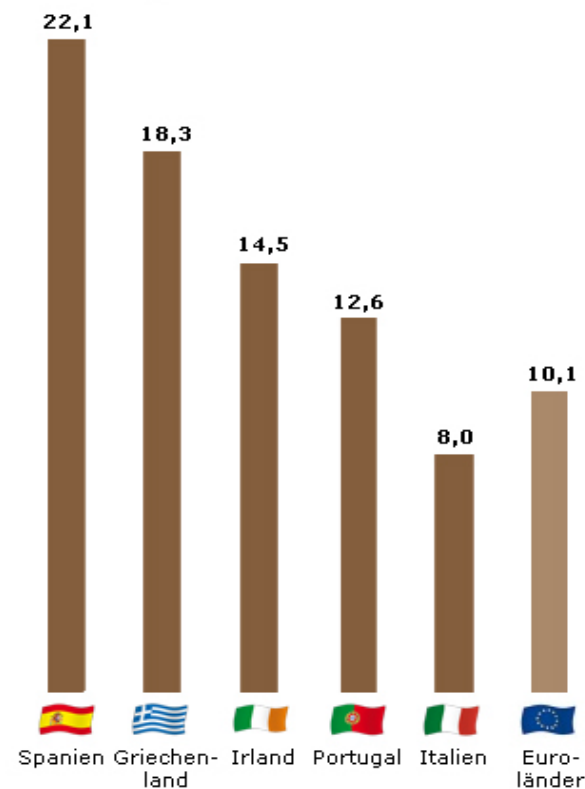
Staatsverschuldung 2011 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Haushaltsdefizit 2011 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Arbeitslosigkeit 2011 in Prozent



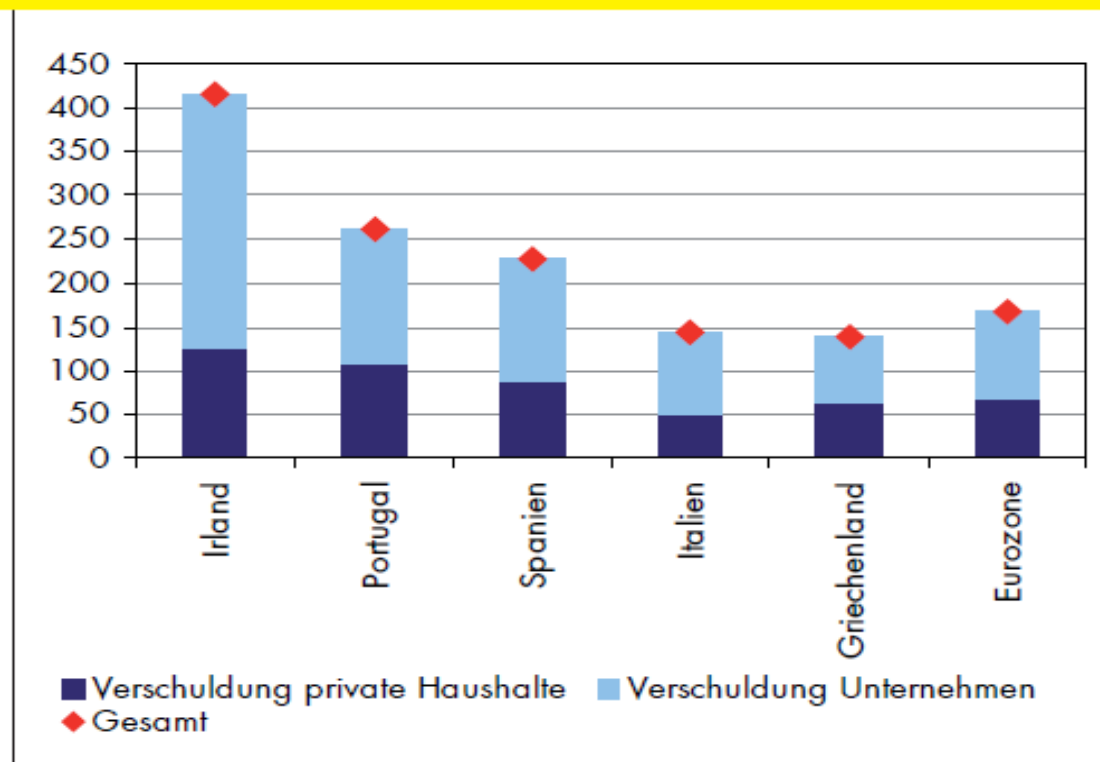
SPIEGEL ONLINE

Quelle: EU-Kommission, Stand: November 2011; Arbeitslosigkeit: Eurostat, Stand: August 2011

Europas Verschuldungsregime: Unternehmen und private Haushalte



Verschuldung privater Sektor (in % BIP)



* Daten für Haushalte und Unternehmen sind für das Jahr 2009

** Unternehmen = nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften

Quelle: EU-Kommission, CSOI, Thomsons Reuters

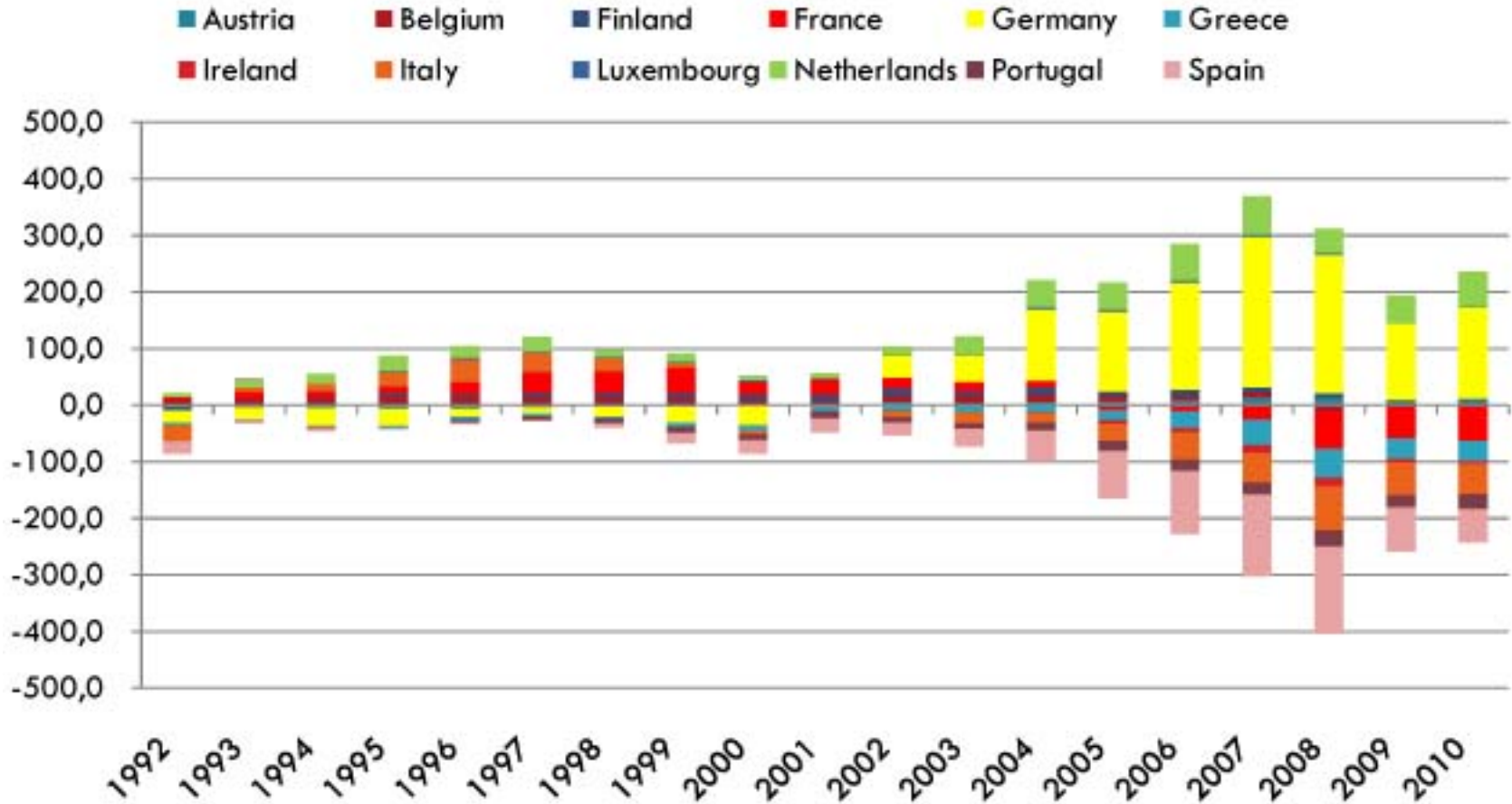


IV. Woher kommen die Schulden?

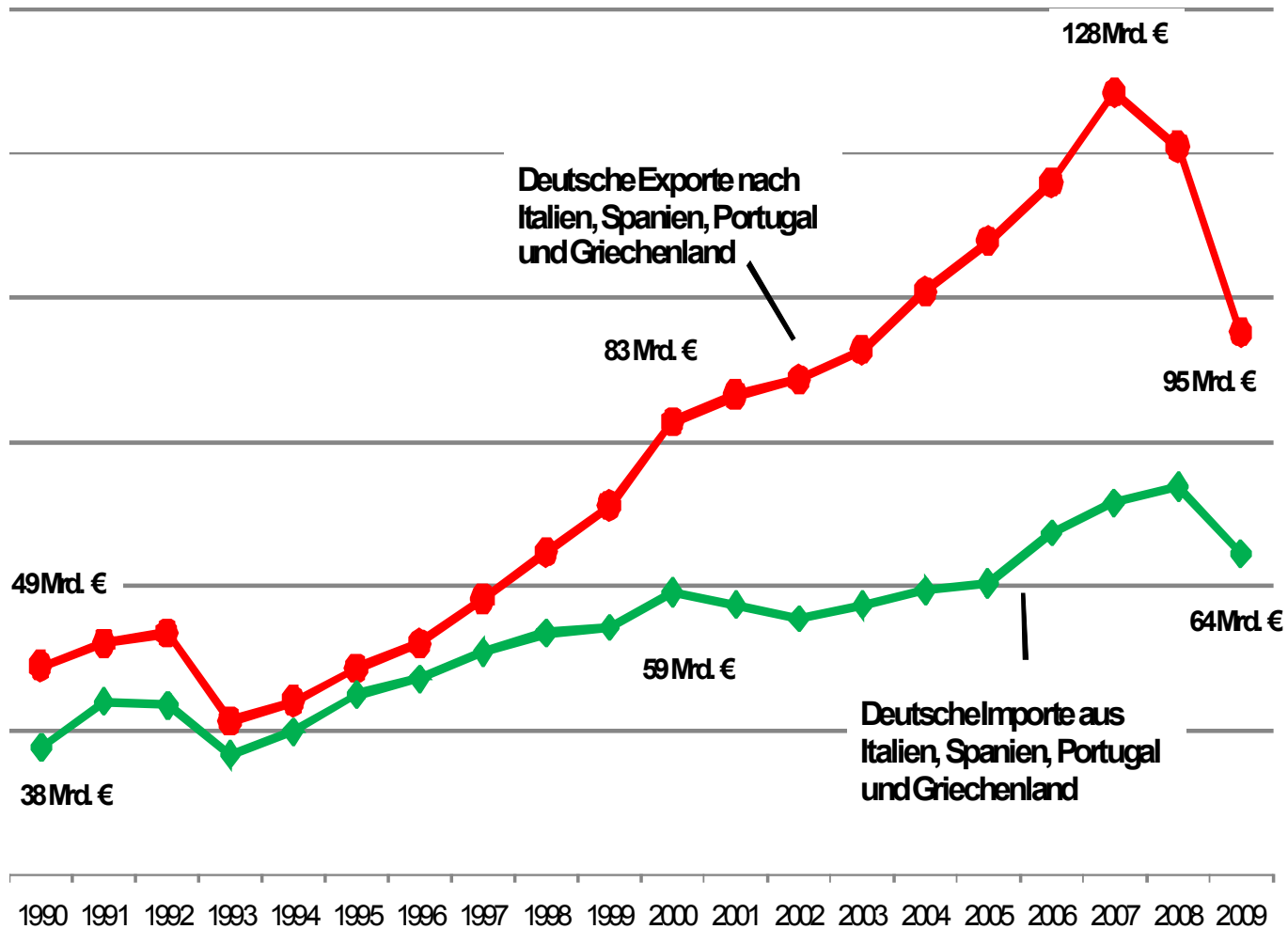




Woher kommen die Schulden? Gläubiger-/Schuldnerpositionen in der EU



Wachsende Außenhandelsüberschüsse erzeugen wachsende Verschuldung





V. Integration durch autoritäres Finanzregime





Das neue Projekt: Bankenunion – Fiskalunion – politische Union

Der Fiskalpakt

- ▶ max. strukturelles (konjunkturbereinigtes) Defizit von 0,5% und max Schuldenstand von 60% - jedes Jahr muss Differenz Soll-Ist um ein Zwanzigstel abgebaut werden.

Spanien: Schuldenstand 2013: 90% = 30 Pp über 60% = jährliche Einsparung von 1,5% des BIP

- ▶ verschärfte Schuldenregel: nicht nur Bund + Länder, auch Kommunen, Sozialversicherung und Nebenhaushalte = zusätzl. Belastungen

Muss 1 Jahr nach Unterzeichnung in nationales Recht überführt werden (dt. Schuldenbremse ab 2016/Bund und 2020/Länder)

- ▶ wirkt prozyklisch – beschneidet öffentl. Investitionen und Sozialausgaben
 - ▶ Haushaltskonsolidierung durch Ausgabenkürzung, (Art I, Abs. I), nicht Einnahmeverbesserungen
- = permanentes Sparen – Szenario, wenn der Pakt 2009 in Kraft wäre?



-
- ▶ Selbstentmachtung der Parlamente (Art 5): Wird Schuldenstand verfehlt, müssen dem Europ Rat + Kommission detailliert Gegenmaßnahmen vorgelegt und genehmigt werden
 - ▶ keine Kündigungsklausel – muss einstimmig von allen Mitgliedstaaten außer Kraft gesetzt/verändert werden; einzelne Staaten können den Vertrag nicht kündigen (Ewigkeitsgarantie)

Effekte:

- ▶ Was wäre, wenn der Pakt schon 2009 in Kraft gewesen wäre?
- ▶ Welcher Einfluss bleibt parlamentarischen Mehrheiten (egal ob links oder rechts) in verschuldeten Mitgliedstaaten?
- ▶ Welche Richtungsentscheidung kommt Wahlen noch zu?
- ▶ Wie soll die ökonomische und soziale Spaltung Europas überwunden werden, wenn Krisenstaaten umso mehr – prozyklisch – sparen müssen?
- ▶ Wie soll mit dem Pakt der Verfassungsauftrag sozialer Demokratie behauptet werden?



www.europa-neu-begruenden.de





VI. Handlungsmöglichkeiten der IG Metall





Rückbau der Finanzmärkte

- ▶ Öffentliche Kreditmärkte für Staatsschuldenmanagement
 - ▶ Eurobonds und EZB-Schuldenmanagement
= größere Unabhängigkeit gg. Kapitalmärkten
- ▶ Trennung des Bankkundengeschäfts vom Investmentbanking mit höheren Eigenkapitalvorschriften
- ▶ Verbot spekulativer Kapitalanlage
- ▶ Banken-/Finanzmarktstabilisierung nur mit aktiver Kapitalbeteiligung
= Erweiterung des öffentlichen Bankensektors
- ▶ Effiziente europaweite Besteuerung, Unterbindung von Kapitalflucht
- ▶ Europäische Investitionsoffensive
 - ▶ Europ Investitionsbank, Osteuropabank
 - ▶ Ausweitung der EU-Strukturfonds
= New Deal für Europa mit investitionslenkendem Charakter



New Deal für Europa

- ▶ **Investitionsoffensive im europäischen Binnenmarkt**
 - ▶ Ökologische Erneuerung (regenerative Energien, neue Mobilitätskonzepte)
 - ▶ Erneuerung der Infrastruktur, Netze
 - ▶ Wohnungsbau, Städtesanierung, Energieeinsparung
 - ▶ Investitionen in Bildung, Aus- und Weiterbildung
 - ▶ Entprekarisierung der Arbeitsmärkte
- ▶ **Finanzierung**
 - ▶ Umwandlung des EFSF in Europäischen Währungsfonds
 - ▶ Finanztransaktionssteuer, Vermögens- und Erbschaftssteuer, Spitzensteuersatz von 75% ab 1 Million
- ▶ **Regulierung von Handelsbilanzungleichgewichten**



Public Equity (über Kreditklemme hinaus)

- IG Metall Aktionsprogramm 2009: **Public Equity Fonds** (100 Mrd. Euro) für 15 Jahre
- Finanziert durch eine Zwangsabgabe auf Vermögen ab 750.000 Euro
- Um Mittel aus dem Fonds zu erlangen ist erforderlich:
- ✓ Offenlegung der finanziellen Lage und der Unternehmenspolitik/-strategie
 - ✓ Finanzielle Einschlüsse der Eigentümer/Shareholder und Banken
 - ✓ keine Entlassungen – Beschäftigungsgarantien und Qualifizierungsmaßnahmen
 - ✓ Einhaltung tariflicher Regelungen: Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen
 - ✓ Ausweitung von Mitbestimmungsrechten
 - ✓ Begrenzung der Managementgehälter/-Boni
- Kontrolliert durch einen »Rat« zusammengesetzt aus Gewerkschaftsvertretern, Unternehmensvertretern und Staat
-



Wirtschaftssteuerung durch Invest-Fonds

- **Ansatzpunkt: “Arbeitnehmerfonds” (Rehn/Meidner-Modell des schwedischen LO)**

Idee: Vergesellschaftung privater Gewinne durch 20% Gewinnsteuer. Arbeitnehmerfonds betreiben durch Unternehmensbeteiligung aktive Industrie- und Strukturpolitik

50% der Mittel werden Unternehmen mit entsprechenden investitionslenkenden Auflagen zur Verfügung gestellt, 50% für soziale Leistungen = “Sozialisierung der Investitionsfunktion”

Im Finanzmarktkapitalismus durch Geldkapitalsteuer



www.europa-neu-begruenden.de





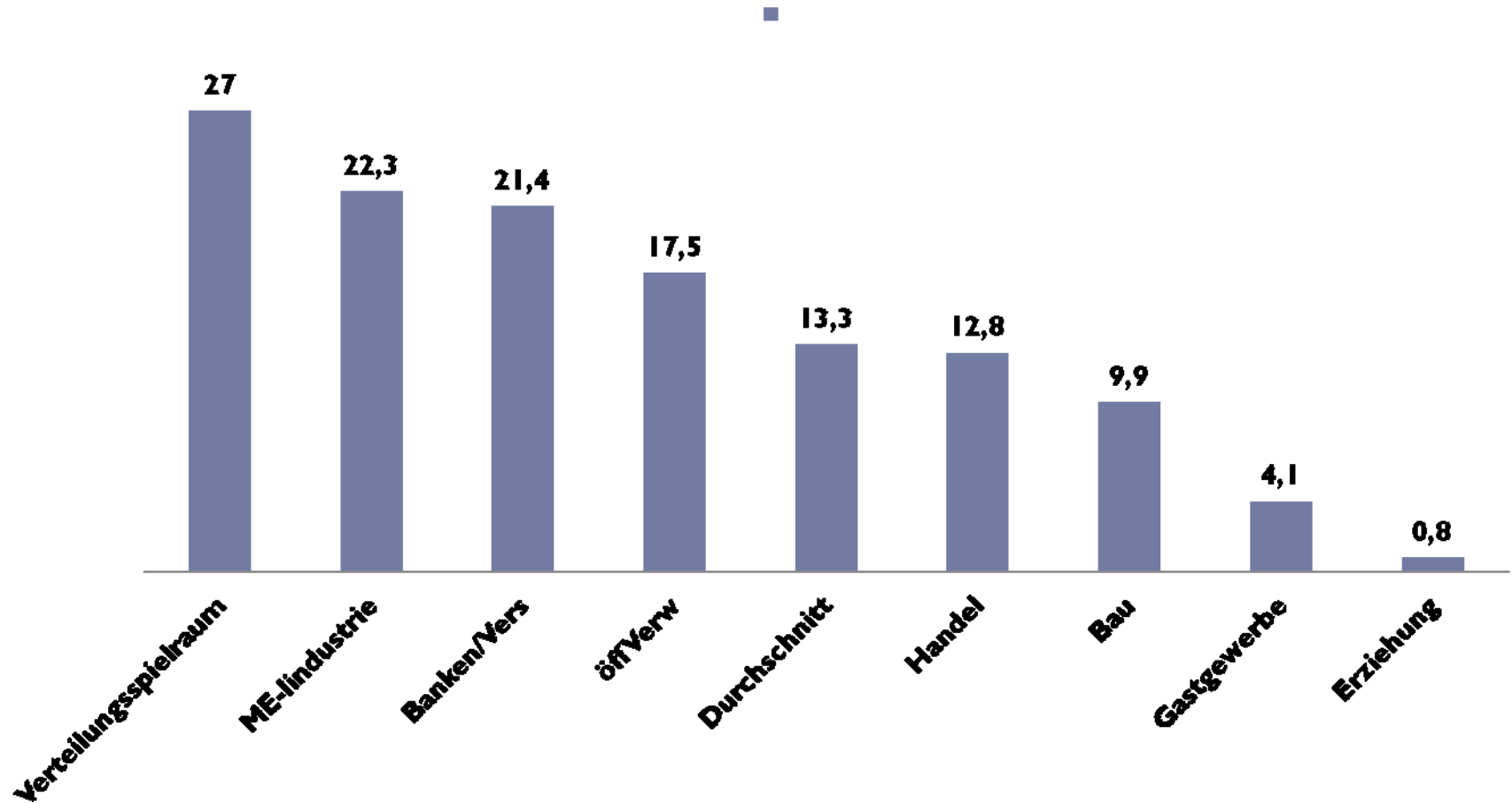
Was kann die IG Metall selbst tun?
Vorschlag gegen Lohndumping in Europa und
einen tarifpolitischer Einstieg in
Wirtschaftssteuerung



IGM: höchste Ausschöpfung des gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraums



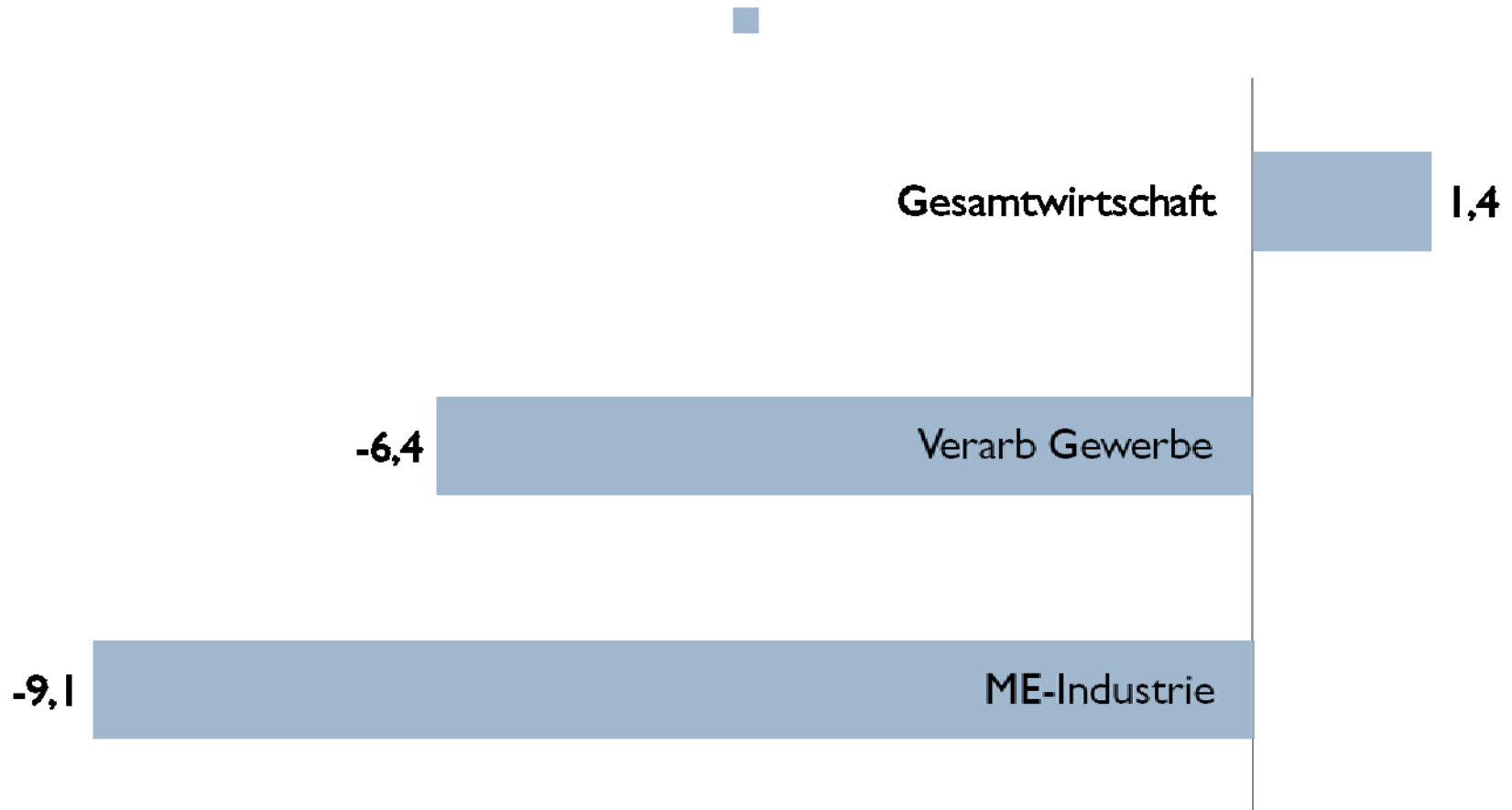
Effektive Lohn-/Gehaltserhöhungen 2000-2008





... aber *sektoral* stärkster Rückgang der Lohnstückkosten

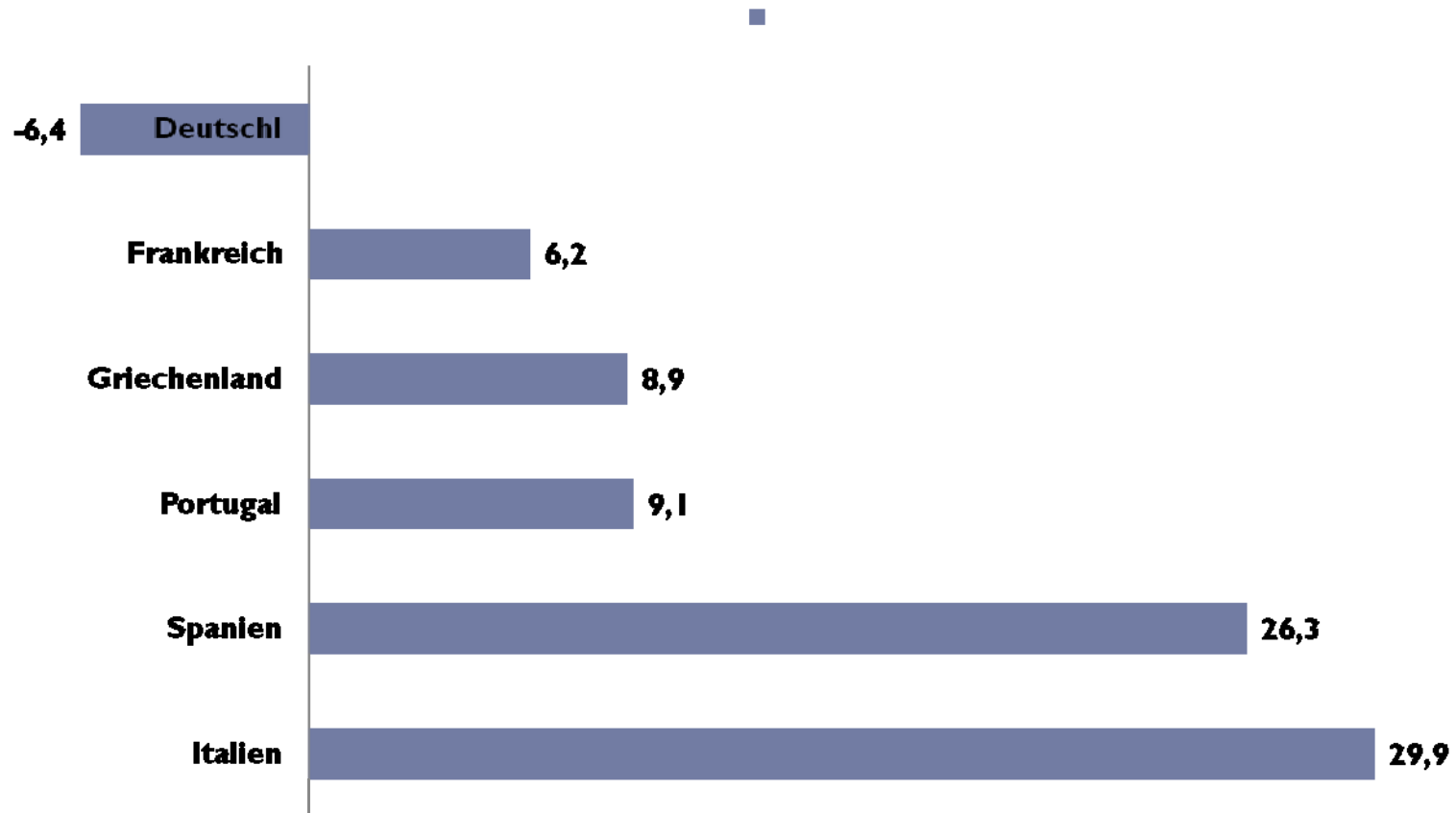
Lohnstückkosten 2000-2008 (nominal)





Effekt: unfreiwilliges Lohndumping in Europa

Lohnstückkosten Verarbeitendes Gewerbe 2000-2008 (nominal)





Lösungsvorschlag:

Tariffonds für sozial-ök Umbau und Gute Arbeit

- ▶ Einkommenspolitik nach klassischen Muster:
gesamtwirtschaftliche Produktivität + Preissteigerung
- ▶ Verteilung der sektoralen Produktivität
nicht für Einkommenszuwächse
sondern für sektoralen und betrieblichen Umbaufonds
- ▶ Investitionen in sektoralen Strukturwandel / schrittweiser
Umbau des Exportmodells
- ▶ Co-Investitionsfinanzierung in Gute Arbeit –
arbeitspolitische Erneuerung



Dank für die Aufmerksamkeit





Rückkehr zu Stagnation und Krise

Prognose: EU-Kommission, Mai 2012

